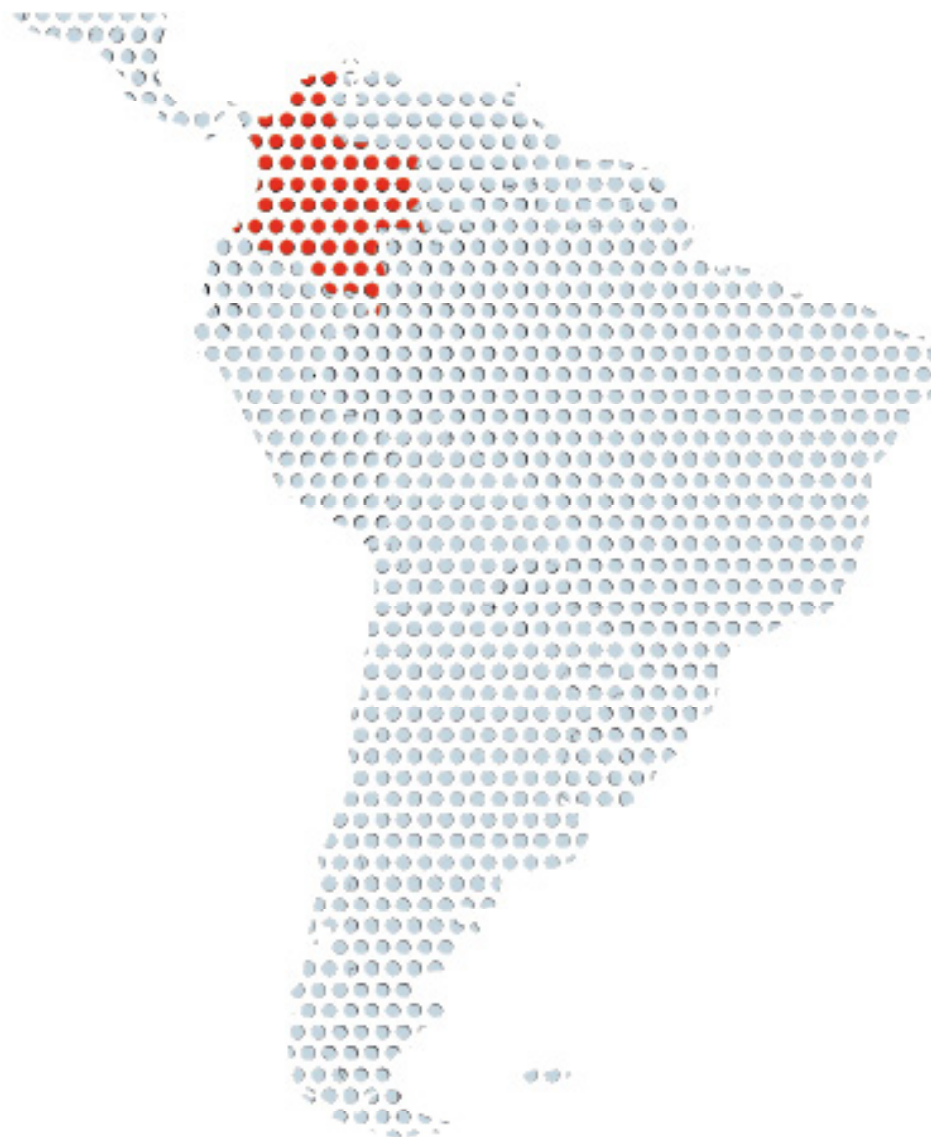


Kolumbien

Informationsdienst
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	21
Innere Lage im Empfängerland	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Kolumbien

Kolumbien ist ein bedeutendes Land in Südamerika. Einerseits tragen die vielen internen Konflikte des Landes zur regionalen Anspannung bei, andererseits ist es ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten der USA in der Region. Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine geringe Rolle. In den vergangenen Jahren wurden allerdings zwei U-Boote aus Beständen der Bundesmarine geliefert, sowie weitere U-Boot Technik zur Modernisierung von zwei älteren deutschen U-Booten. Größter Waffenlieferant bleiben aber die USA.

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich *Indumil* (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Heute hält *Indumil* das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres von 23.000 Stück auf 45.000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar nach Israel zu exportieren. Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, haben die deutschen sowie die zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels eine besondere Aufgabe. In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung.

Kolumbien ist seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Das Militär ist eine Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Staates. Insgesamt genießt es in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, ist aber gleichzeitig in politische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Land involviert. Für viele Bewohner, insbesondere ländlicher Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1928. Andererseits gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen.

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin schlecht. Grundlegende Menschenrechte sind durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr. Ebenso werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Problematisch ist der Umgang der Regierung mit politischen Gefangen von denen es derzeit über 7.000 gibt (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Obwohl durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl Morde und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land zunimmt, steht die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Uribes Nachfolger, Präsident Santos, ein „Opfer und Landrückgabe Gesetz“, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Trotz dieser positiven Schritte bleibt abzuwarten, ob und wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt wird.

Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. fünf Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung ist.

Im Jahr 2002 erklärte der damalige Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Revolutionäre Streitkräfte Kolumbien) als offiziell gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer allerdings drastisch gesunken. Im November 2016 einigten sich die kolumbianische Regierung und die FARC-Rebellen nach vierjähriger Verhandlung auf einen neuen Friedensvertrag, der einen Monat später einstimmig im Kongress verabschiedet wurde. Die Entwaffnung und Re-Zivilisierung der Rebellen begann im Frühjahr 2017.

Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte und die Popularität des ehemaligen Präsidenten Uribe weiter festigen konnte.

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt.

Der Nachbar Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskooperation, doch haben die strategischen Rüstungskooperationen mit Ländern außerhalb der Region negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Dabei erscheint ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin Risiken. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen. Hierzu beigetragen hatten in der Vergangenheit immer wieder Funde von Waffen bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen.

Die im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs unverhältnismäßig hohen Militärausgaben Kolumbiens wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigt werden, dennoch sind der Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Der stärkere Blick auf das Gesundheits- und Bildungssystem sowie die stärkere finanzielle Ausstattung, stellt für Kolumbiens Regierung eine wichtige Aufgabe dar.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2019 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42
2008	Teile für U-Boote und Patrouillenboote: 93,0%	18,57
2009	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	68,94
2010	Teile für U-Boote und Marineversorger: 82,3%	5,06
2011	Patrouillenboot und Teile für U-Boote, Patrouillenboote: 93,45%	15,89
2012	Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Fregatten: 79,6 % Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 19,6 %	34,68
2013	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Navigationsausrüstung: 27% U-Boote und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 21,9% Torpedos und Teile für Torpedos: 7,4%	50,29

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2014	Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem und Teile für Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem, Stromversorgungen: 71,7% Teile für U-Boote: 14,0%	4,41
2015	U-Boote, Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Echolotanlagen: 97,8%	88,52
2016	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 59,2% Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 28,5%	2,87
2017	Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung und Teile für Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung: 49,7% Technologie zur Herstellung von beschussfesten Laminaten: 27,6% Zielentfernungsmesssysteme: 17,7%	0,73
2018	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 77,7% Teile für U-Boote: 12,0%	1,04
2019	Teile für Feuerleiteinrichtungen: 64,2% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 16,2%	1,09

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2019, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2019

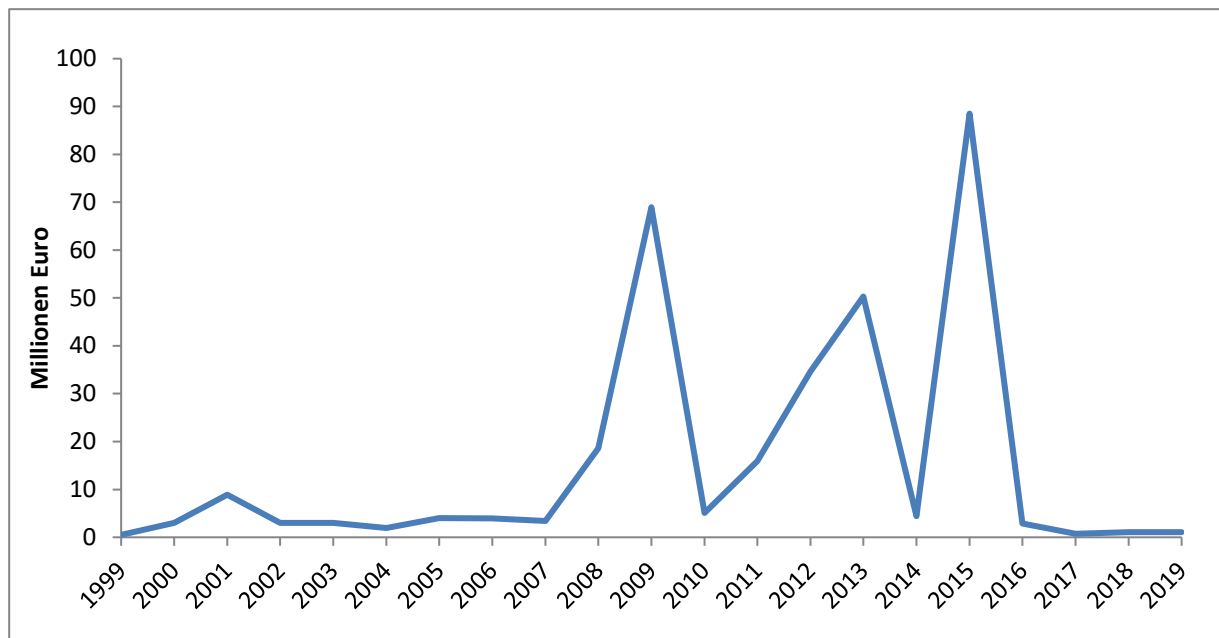


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien 2000-2019

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(1)	BK-117	Leichter Hub-schrauber	(2003)	2003	(1)	
1	OPV-80	Patrouillenboot	(2008)	2012	1	Lizenz; Bezeichnung 20 de Julio
1	CPV-40	Patrouillenboot	2009	2011	1	11 Mio. Euro-Geschäft
16	MTU-1163	Dieselmotor	(2009)	2012-2014	(16)	Für Modernisierung auf 4 FS-1500 (Padilla) Fregatten
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2014	1	Lizenz; 66 Mio. USD-Geschäft (20 de Julio)
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2017	1	Lizenz; Lieferung 2017

Anzahl	Bezeichnung	Waffen- kategorie	Bestell- Jahr	Liefer- Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(30)	DM-2A3 See- hecht	AS/ASW Tor- pedo	2012	2012	(30)	Gebraucht; Für U- Boot Typ 206A
2	Type-206A	U-Boot	2012	2015	2	Gebraucht aber modernisiert; 11 Mio. Euro-Geschäft
1	ATR-42	Transportflug- zeug	2014	2015	1	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine kleine Rolle. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland allerdings unter anderem Patrouille Boote und U-Boote nach Kolumbien. Bei den beiden U-Booten vom Typ 206A handelt es sich um gebrauchte U-Boote der Bundesmarine. Im Jahr 2015 lieferte Deutschland ein gebrauchtes Transportflugzeug des Typs ATR-42.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2015-2019, Mio. USD

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2015-2019
Summe	205	21	99	16	10	351

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

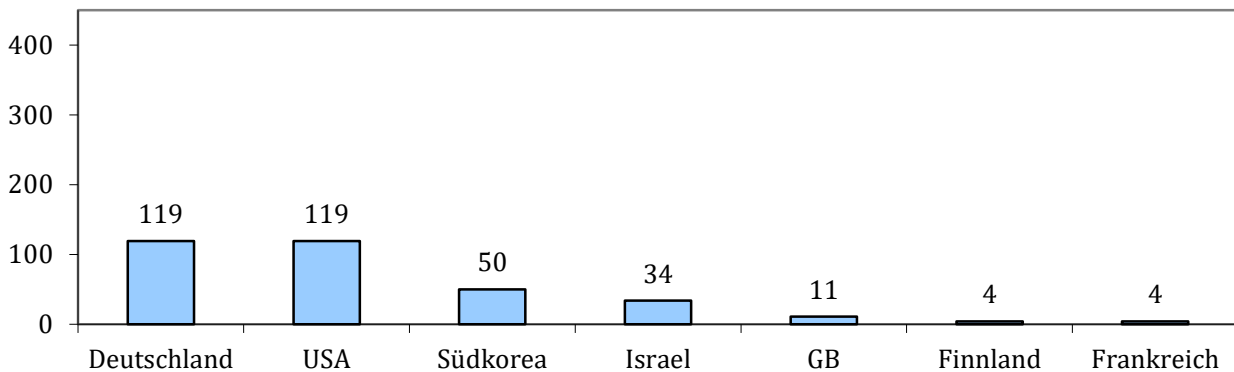
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2015-2019, Mio. USD

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2015-2019
Summe	83	-	36	-	-	119

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2015-2019, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2020) nahm Kolumbien 2015-2019 die 52. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Größter Waffenlieferant der letzten Jahre sind die USA, die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen. Sie haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Helikopter an die kolumbianische Regierung geliefert haben. Eingesetzt werden sollen diese besonders zur Bekämpfung Aufständischer und des Drogenanbaus und -schmuggels. Zuletzt wurde ein großer Vertrag über die Lieferung von 15 S-70/UH-60L *Blackhawk* Hubschraubern im Wert von 225 Millionen US-Dollar abgeschlossen. 2015 kaufte Kolumbien bis zu 28 gepanzerte Sicherheitsfahrzeuge (ASV) vom US-amerikanischen Hersteller Textron, eine unbekannte Menge Drohnen des Typs Night Eagle der Firma Boeing/Insitu sowie zwei Elbit Hermes 450 und eine Hermes 900. Letztere dienen der Vergrößerung der kolumbianischen UAV-Flotte. 2017 wurde darüber hinaus eine bisher unbekannte Anzahl weiterer Hermes 900 Drohnen geordert sowie zwei gebrauchte IAI Kfir TC-2 Kampfflugzeuge von Israel gekauft. 2009 Jahr einigte sich die Regierung mit ThyssenKrupp Marine Systems auf die Modernisierung der zwei deutschen U-Boote der Klasse 209/1200. Dazu lieferte das deutsche Unternehmen Materialpakete, sodass die staatliche Werft COTECMAR die Modernisierung vor Ort durchführen konnte. Im Dezember 2011 hat Kolumbien zwei Patrouillenboote des Typs OPV-80 der deutschen Firma Fassmer geordert. Die Schiffe wurden 2012 in der kolumbianischen Werft Cartagena in Lizenz gefertigt. 2015 erhielt die kolumbianische Marine zwei ausgemusterte deutsche U-Boote der Klasse 206A. Zwei weitere U-Boote dieser Klasse beschaffte Kolumbien, um sie als Ersatzteillieferant zu nutzen. Neben einer umfassenden Modernisierung umfasste das Verhandlungspaket auch Ersatzteile, Trainingsmaßnahmen, Unterstützung bei der Instandhaltung und eine unbestimmte Anzahl von Seehecht Torpedos. Die Marine Kolumbiens wurde 2014 auch durch eine gebrauchte südkoreanische Korvette der Donghae-Klasse verstärkt.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

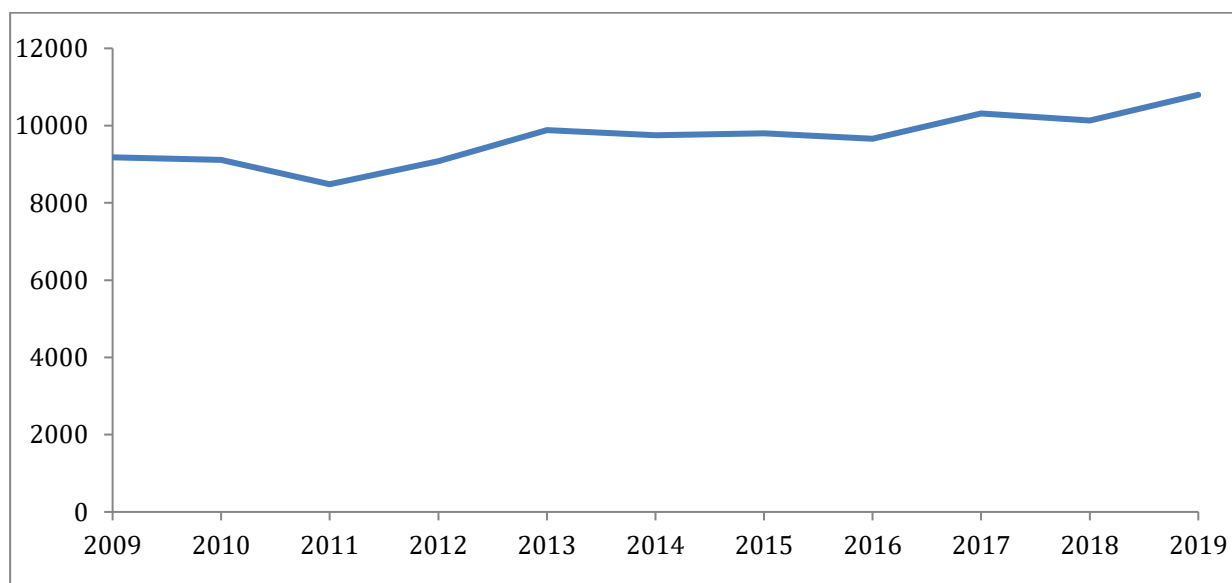
	2015	2016	2017	2018	2019
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9801	9663	10312	10135	10797
Anteil am BIP (in Prozent)	3,1	3,1	3,2	3,1	3,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	10,5	11,1	11,4	10,9	11

Angaben in konstanten Preisen mit 2018 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

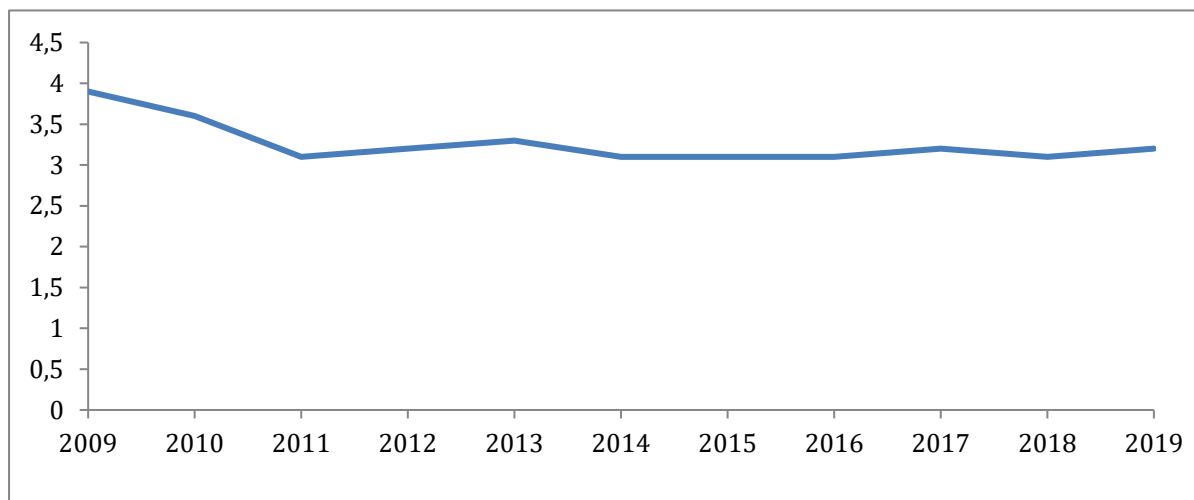
Absolute Militärausgaben, Trend 2009 – 2019 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2018.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2009 – 2019 (in Prozent)

Angaben in konstanten Preisen mit 2018 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich *Indumil* (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut, die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis heute andauernde Rüstungskooperation mit Israel. In der Zeit erhielt *Indumil* eine Lizenz zur Produktion der israelischen *Gali* Gewehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unternehmen befindet sich heute unter den Top 100 Unternehmen in dem Land und hat seine Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat *Indumil* eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standardbewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Gewehre mehr in dem Land produziert, *Indumil* besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten. Heute hält *Indumil* das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. Darüber hinaus, auch für den zivilen Gebrauch, produziert das Unternehmen zahlreiche Klein- und Leichtwaffen. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres von 23.000 Stück auf 45.000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar zurück nach Israel zu exportieren. *Indumil* produziert darüber hinaus etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr. Während jedoch

im Klein- und Leichtwaffenbereich die kolumbianische Rüstungsindustrie weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin auf den Import angewiesen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

293.200 aktiv, davon:

Heer: 223.150

Marine: 56.400

Luftwaffe: 13.650

Reserve: 34.950

Paramilitärische Einheiten: 187.900

Quelle: IISS Military Balance 2020

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2011–2019

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Aktive in 1.000 (IISS)	283	281	281	296	296	293	293	293	293
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	6,2	6,1	6,1	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	5,9

Quellen: IISS Military Balance, 2012-2020, World Bank

Kommentar

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan

Colombia“ profitiert. Neben den materiellen Zuwendungen seitens der USA, ist ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldaten im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult.

Wie auch in anderen Ländern Südamerikas profitieren die Streitkräfte in Kolumbien auch von zusätzlichen Geldern, die häufig aus der lokalen Verwaltung kommen oder aus eigenen Sicherheitsdienstleistungen generiert werden.

Bewaffung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	60	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	114	
Aufklärer	121	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	3	
Transportflugzeuge	23	
Mehrzweckhubschrauber	19	
Transporthubschrauber	93	
Artillerie	1796	
Panzerabwehr	150	Zusätzlich noch tragbare Panzerabwehrlenkwaffensysteme TOW, Spike-ER
Luftabwehr	4	

Quelle: IISS Military Balance 2020

Kommentar

Das Heer hat in besonderem Maße vom *Plan Colombia* und den damit verbundenen Waffentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist auch das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschütz, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der *Plan Colombia* massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung der 60 Hubschrauber. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte insbesondere in Waldgebieten erhöhen soll. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials

wie beispielsweise Artilleriegeschütze. Hinzu kommen die in den USA gekauften acht Black Hawk Kampfhubschrauber. Damit besitzt das Heer insgesamt 57 US-amerikanische UH-60L und UH-70i. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die Streitkräfte ebenfalls 20 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um die völlig veralteten Geschütze auszutauschen. Derzeit befindet sich Kolumbien in Verhandlungen mit Frankreich über den Kauf von 40 gebrauchten *Leclerc* Kampfpanzern. Dies kann auch als Reaktion auf die Anschaffungen der russischen T-90 Kampfpanzer in Venezuela gesehen werden. Allgemein lässt sich in der gesamten Region (Ecuador, Kolumbien, Brasilien) eine Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte beobachten.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	
Fregatten	4	
Patrouillenboote	61	
Davon Korvetten	1	
Amphibienfahrzeuge	21	
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2020

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

1 Aufklärungsflugzeug

3 Seeaufklärer

11 Transportflugzeuge

8 Mehrzweckhubschrauber

9 leichte Transporthubschrauber

2 Such- und Rettungshubschrauber

Marineinfanterie:

82 Artilleriegeschütze

Einige Mistral Luftabwehrraketen

Quelle: IISS Military Balance 2020

Kommentar

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den zwei deutschen sowie den zwei italienischen U-Booten bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die U-Boote neue Motoren erhalten. Dazu wurde Ende 2008 ein Vertrag mit der deutschen HDW zur Modernisierung und Wartung der U-Boote geschlossen. Die Fregatten der Marine sind jedoch weit über 20 Jahre alt und befinden sich in einem schlechten Zustand. Im Zuge allgemeiner Modernisierungsprogramme und vor dem Hintergrund der veralteten Ausrüstung der Marine, plant die Regierung die Anschaffung von bis zu vier Küstenpatrouillenbooten, bis zu 131 Patrouillenboote sowie bis zu vier Küstenpatrouillenflugzeuge. Im Jahr 2012 konnte die Marine zwei ausgemusterte deutsche dieselelektrische U-Boote der Klasse 206A in Empfang nehmen und in Dienst stellen. Für den Einsatz von Drohnen gegen Drogenbanden bauen die Seestreitkräfte Kolumbiens (ARC) die bereits bestehende Marinebasis in Convenas weiter aus. Dort wird u.a. das UAV „Terreco“ aus Südafrika eingesetzt.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	22	
Kampfflugzeuge	12	
Aufklärungsflugzeuge	13	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	13	
Ausbildungsflugzeuge	78	Davon 38 kampffähig
Transportflugzeuge	67	Davon 3 C-130B <i>Hercules</i> eingelagert; 8 Passagierflugzeuge
Tank- und Transportflugzeuge	1	
Aufklärungshubschrauber	30	
Mehrzweckhubschrauber	17	
Transporthubschrauber	48	Davon 1 VIP-Hubschrauber
Drohnen	8	<i>Hermes</i> 450/900
Raketen	Einige	<i>Python</i> III/IV/V; I- <i>Derby</i> ER

Quelle: *ISS Military Balance 2020*

Kommentar

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen 12 Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber. Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls bis zu dreizehn neue Flugzeuge zu liefern. Im Jahr 2009 bestätigte die Luftwaffe die Bestellung von vier C-295 Transportflugzeuge beim spanischen Rüstungskonzern EADS-CASA. Die genannten Anschaffungen und die strategische Kooperation zwischen Kolumbien und Israel bei der Ausstattung der Luftwaffe verdeutlichen die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

National Police Force:

5 Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung

42 Transportflugzeuge

4 Mehrzweckhubschrauber

75 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2020

Kommentar

Der nationalen Polizeieinheit, die eine militärische Einheit ist und direkt dem Verteidigungsministerium untersteht, kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Ausgestattet mit Transportflugzeugen, Hubschraubern und Flugzeugen zur elektronischen Kriegsführung verfügt sie über die notwendige Mobilität zur Bekämpfung des Terrorismus und Drogenschmuggels.

Box 4

Peacekeeping

Ägypten (MFO): 275 Soldaten

Libanon (UNIFIL): 1 Soldat

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldaten

Quelle: IISS Military Balance 2020

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in die politische Gewalt involviert, die das Land weiterhin prägt. Dem Militär wird häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und deren Unterstützer eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtigt und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen, aufgrund der Annahme, sie unterstützten die Guerillabewegung. Entgegen dieser Entwicklungen genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Dass die Bevölkerung das Militär auf einer Vertrauensskala auf Platz zwei hinter der Kirche setze, hängt mit den damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen.

Für viele Bewohner, insbesondere ländlichen Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich die Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in ihren Möglichkeiten, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politischen Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftlern weltweit. Im Jahre 2016 ist die Mordrate um 4 Prozent gesunken. Insgesamt wurden rund 12.200 Tötungsdelikte verzeichnet – die niedrigste Rate seit 1974. Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch bekleiden Generäle des Militärs den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front). Entgegen anderen Ministern kann der Verteidigungsminister nur auf explizite Anordnung des Präsidenten sein Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinettsumbildung gebunden. Der militärische Einfluss auf die Politik ist trotz dieser Verankerung durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzu kommt, dass im kolumbianischen Militär häufig hochrangige Militärs nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören, sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden. Folge dessen ist eine Unterordnung des Militärs unter die zivile Aufsicht. Die starke zivile Aufsicht und das Interesse der Präsidenten an der zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung der politischen Macht, wurde 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben. Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und der Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Wählungen in US-Dollar in konstanten Preisen mit 2018 als Basisjahr umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics

Kommentar

Die kolumbianische Polizei (*Policía Nacional de Colombia*) beschäftigt etwa 136.000 Beamte und untersteht dem Verteidigungsministerium. Der Präsident des Landes übt durch die Ernennung des Polizeidirektors ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Polizei aus. Zu der Ausrüstung der Polizei zählen Transport- und Aufklärungsflugzeuge (u.a. Cessna), Mehrzweck- und Transporthubschrauber (u.a. Bell und Blackhawk), gepanzerte Fahrzeuge, Schnellboote und Raketenwerfer.

Die Struktur der Polizei umfasst verschiedene Einheiten für die Regionen, die Städte und die einzelnen Bundesstaaten. Diese umfassen die Kriminalpolizei, den Geheimdienst, die Verkehrspolizei, verschiedene Eliteeinheiten sowie bestimmte Einheiten zur Wahrung öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie zur Drogenbekämpfung. Neben diesen Einheiten existieren noch der Zolldienst und das administrative Sicherheitsdepartment (Inlandsgeheimdienst) (*Departamento Administrativo de Seguridad: DAS*). Der Geheimdienst ist direkt dem Präsidenten unterstellt und ihm gegenüber verantwortlich. Neben Informationsbeschaffung und Spionageabwehr übernimmt der Geheimdienst ebenfalls wichtige Aufgaben bei der Strafverfolgung. Im Jahr 2009 kam es zu einem Skandal um den DAS, als öffentlich wurde, dass dieser an der illegalen Überwachung von Regierungskritikern, Parlamentariern und Journalisten beteiligt ist. Im Zuge dessen wurden mehrere hochrangige Mitarbeiter des Dienstes verhaftet. Während der damalige Präsident Uribe den Geheimdienst nicht abgeschafft hat, unternahm sein Nachfolger Santos den politischen Kraftakt und beendete die 58-jährige Geschichte des DAS Ende 2011. Berichten zufolge wird der Geheimdienst durch eine neue Behörde (*National Agency of Protection*) ersetzt werden, die von einem ehemaligen Marinegeneral geleitet werden soll.

Wie auch teilweise der Geheimdienst, ist die kolumbianische Polizei Korruptionsvorwürfen und Anschuldigungen ausgesetzt, Menschenrechtsverletzung begangen zu haben. Seit diese Vorwürfe insbesondere Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkt fanden, wurden Anstrengungen unternommen, Strukturen krimineller Organisationen und korrupter Polizisten aufzubrechen. Insgesamt wurde ein Reformprozess angestoßen, der zu einer Verbesserung im Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Polizei führte. Dies hat die Lage zwar verbessert, weiterhin gibt es jedoch

Berichte über außergerichtliche Tötungen, Amtsmissbrauch, Säuberungen (mit Todesfolge), Folter, Gewalt sowie die Erniedrigung von Gefangenen.

Durch die lang anhaltenden Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen verfügen etwa 192 Stadtbezirke über eine unzureichende oder gar keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte.

Die private Sicherheitsindustrie in Kolumbien boomt. In 2008 setzten private Sicherheitsunternehmen mehr als zwei Milliarden US-Dollar um. Dabei kann der Wirtschaftssektor auf Wachstumsraten von jährlich 10-20 Prozent blicken. Im Jahr 2009 waren 525 registrierte private Sicherheitsfirmen auf dem kolumbianischen Markt aktiv, während es 2007 etwa 3.500 waren. Unklar bleibt der Grund für diesen drastischen Rückgang. In den privaten Sicherheitsfirmen sind zwischen 170.000 bis 190.000 Menschen angestellt.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Center for Conversion (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Interessanterweise ist Kolumbien einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern. Den ATT hat Kolumbien unterzeichnet, bisher jedoch noch nicht ratifiziert.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie,	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
2002		
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation in dem Land seit Jahren sehr schlecht. Sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten der Guerillagruppen werden zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen. Politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen finden regelmäßig statt.

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2019

Colombia is a constitutional, multiparty republic. Presidential and legislative elections were held in 2018. In June 2018, voters elected Ivan Duque Marquez president in a second round of elections that observers considered free and fair and the most peaceful in decades. The Colombian National Police (CNP) force is responsible for internal law enforcement and is under the jurisdiction of the Ministry of Defense. The Migration Directorate, part of the Ministry of Foreign Affairs, is the immigration authority. The CNP shares law enforcement investigatory duties with the attorney general's Corps of Technical Investigators. In addition to its responsibility to defend the country against external threats, the army shares limited responsibility for law enforcement and maintenance of order within the country. For example, military units sometimes provided logistical support and security for criminal investigators to collect evidence in high-conflict or remote areas. Civilian authorities generally maintained effective control over security forces. Significant human rights issues included: reports of unlawful or arbitrary killings; reports of torture and arbitrary detention by both government security forces and illegal armed groups; criminalization of libel; widespread corruption; rape and abuse of women and children by illegal armed groups; violence and threats of violence against human rights defenders and social leaders; violence against and forced displacement of Afro-Colombian and indigenous persons; violence against lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex persons; forced child labor; and killings and other violence against trade unionists. The government took steps to investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses, although some cases experienced long delays that raised concerns about accountability. The National Liberation Army (ELN) perpetrated armed attacks across the country during the year, including a car bomb attack on a police academy in Bogota that killed 22 persons. Other illegal armed groups, including dissidents of the Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC) and drug-trafficking gangs, continued to operate. Illegal armed groups, as well as narcotics traffickers, were significant perpetrators of human rights abuses and violent crimes and committed acts of extrajudicial and unlawful killings, extortion, and other abuses, such as kidnapping, torture, human trafficking, bombings and use of landmines, restriction on freedom of movement, sexual violence, recruitment and use of child soldiers, and intimidation of journalists, women, and human

rights defenders. The government investigated these actions and prosecuted those responsible to the extent possible.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2019
<https://www.state.gov/reports/2019-country-reports-on-human-rights-practices/colombia/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2018/2019

Hundreds of thousands of people took to the streets to show discontent over possible austerity measures in November and December. The committee representing the protesters has handed President Duque a list of 13 demands. Among them are that the government fully meet its obligations under the terms of the peace agreement and that it do more to prevent the killings of social activists and former FARC-EP members. The protests were mainly peaceful. Eighteen-year-old Dilan Cruz was shot dead by a police officer during a protest in Bogotá. Violence from the ongoing internal armed conflict and disputes over territorial control following the signing of the 2016 Peace Agreement raged on. The main victims continued to be Indigenous Peoples, Afro-descendant and campesino (peasant farmer) communities and human rights defenders. Concerns remained about impunity for crimes committed during the armed conflict and threats against and killings of human rights defenders. Violence against women, particularly sexual violence, persisted. The absence of state authorities and their neglect of territories controlled by the Revolutionary Armed Forces of Colombia-People's Army (FARC-EP) left a power vacuum in areas historically disputed by various armed groups for their natural resources or strategic locations. This, exacerbated the structural problems of inequality, exclusion and extreme poverty affecting the majority campesino population, Afro-descendant and Indigenous communities, with a gender-differentiated impact. In this context, killings of human rights activists and defenders reached historic levels in 2019.

Quelle: Amnesty International Report 2018/2019
<https://www.amnesty.org/en/countries/americas/colombia/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2020

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 37/60

Politische Rechte: 29/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (66/100)

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2020**

Colombia is among the longest-standing democracies in Latin America, but one with a history of widespread violence and serious human rights abuses. Violence has declined in recent years, and public institutions have demonstrated the capacity to check executive power and enforce the rule of law. The government and the country's main left-wing guerrilla group signed a peace accord in 2016, but as of 2019 Colombia still faced enormous challenges in consolidating peace and guaranteeing political rights and civil liberties throughout its territory.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/colombia/freedom-world/2020>

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Kolumbien ist weiterhin desolat. Einerseits sind grundlegende, durch die Verfassung geschützte, Menschenrechte durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr, andererseits werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg, in den unterschiedliche Konfliktparteien involviert waren, hat immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt. Seit 1960 hat dieser Konflikt mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert. Kolumbien steht damit auf einer Stufe mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo, alles Länder in denen die meisten Binnenflüchtlinge weltweit zu finden sind. Die Vertreibung zahlreicher Menschen führt zu einer angespannten ökonomischen Lage, da die Menschen sich nicht mehr selbst in ihren Dörfern versorgen können.

Problematisch ist ebenfalls der Umgang der Regierung mit den derzeit über 7.000 politischen Gefangenen in Kolumbien (hinzukommen mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Zahlreiche Berichte machten immer wieder den Einsatz von Folter gegen Gefangene öffentlich, auch wenn diese Berichte schwer zu verifizieren sind.

Die kolumbianische Regierung steht vor der Herausforderung die Menschenrechtsverletzungen in den Griff zu bekommen und die Sicherheitskräfte für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die Gratwanderung zwischen militärischer Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte stellt die kolumbianische Regierung weiterhin auf die Probe.

Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Ex-Präsident Santos ein „Opfer und Landrückgabe Gesetz“, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Auch der im September 2016 verabschiedete Friedensvertrag zwischen den FARC-Rebellen und der kolumbianischen Regierung sieht eine Landreform vor, die zu einer gerechteren Ressourcenverteilung beitragen soll. Darüber hinaus sollen Ausgleichszahlungen zukünftig durch enteignetes, illegal erwirtschaftetes FARC-Kapitals geleistet werden.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2018)

Kolumbien ist eine Präsidialdemokratie. Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er wird direkt gewählt; seine Amtszeit beträgt vier Jahre. Seit 2015 ist eine Wiederwahl nicht mehr möglich. Der Präsident ernennt und entlässt das Kabinett. Die beiden Kammern des Kongresses werden ebenfalls auf vier Jahre gewählt. Die Mitglieder des Senats werden über landesweite Listen gewählt. Das Repräsentantenhaus besteht aus Vertretern der 'Departamentos' genannten Provinzen; in den einzelnen Provinzen findet ebenfalls Listenwahl statt. Bei den im März 2018 abgehaltenen Parlamentswahlen erlangten die sozialdemokratisch ausgerichtete Liberale Partei Kolumbiens im Repräsentantenhaus und die rechtskonservativ ausgerichtete Partei 'Centro Democrático' von Ex-Präsident Álvaro Uribe im Senat die meisten Sitze. Die nächsten Parlamentswahlen werden im Frühjahr 2022 stattfinden. Bei der im Mai/Juni 2014 durchgeführten Präsidentschaftswahl wurde Juan Manuel Santos Calderón als Staatspräsident im Amt bestätigt. Seine zweite Amtszeit endet am 7. August 2018. Präsident Santos darf bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Mai/Juni 2018 nicht erneut kandidieren. Die Justiz ist unabhängig. Das Land ist in 32 Provinzen gegliedert, dazu Bogotá als 'Distrito Capital'. Gouverneure, Bürgermeister, die Regionalparlamente und Stadt- bzw. Gemeinderäte werden direkt für vier Jahre gewählt. Die Aufgaben der Provinzen erstrecken sich vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Gebietskörperschaft und auf administrative Fragen. Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Guerilla dauert seit über 50 Jahren an. Schätzungen zufolge hat sie über 200.000 Todesopfer und rund 6,8 Mio. Binnenflüchtlinge gefordert. Nach mehreren gescheiterten Versuchen, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen, hatte die Regierung seit 2002 militärische Aktionen gegen die Guerilla der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und die ELN (Ejército de Liberación Nacional)- deutlich intensiviert und diese in vielen Landesteilen zurückgedrängt. Im Herbst 2012 begannen Verhandlungen der kolumbianischen Regierung und der FARC in Havanna (Kuba) über eine Beilegung des Konflikts. Im September 2016 erfolgte die feierliche Unterzeichnung des Friedensabkommens durch Staatspräsident Santos und FARC-Führer Rodrigo Londoño (alias Timochenko). Das Abkommen wurde vom kolumbianischen Volk in einem Referendum im Oktober 2016 abgelehnt. Ein nachverhandeltes Abkommen wurde Ende November 2016 von beiden Kammern des Kongresses angenommen. Die Demobilisierungsphase der FARC endete im September 2017. Die FARC haben im Oktober 2017 eine politische Partei gegründet. Seit Februar 2017 finden in Quito nun auch Friedensverhandlungen der kolumbianischen Regierung mit der Guerilla-Gruppe ELN statt. Ein Ende der Gespräche ist noch nicht absehbar. Guerilla und illegale Gruppen finanzieren sich zu großen Teilen durch das Drogengeschäft. Die kolumbianische Regierung verfolgt bei der Drogenbekämpfung eine zweigleisige Strategie: Vernichtung der Koka-Pflanzungen durch militärische und polizeiliche Bekämpfung auf der einen, institutionelle, wirtschaftliche wie soziale Maßnahmen in den vom Anbau betroffenen Regionen auf der anderen Seite. Trotz Erfolgen bei der Vernichtung von Kokafeldern, der Beschlagnahme von Rauschgift und zahlreicher Verhaftungen stieg seit 2015 die Anbaufläche von Koka erneut stark an. Kolumbien zählt vor Peru und Bolivien zu den Ländern mit der größten Kokainproduktion weltweit. Die Drogenökonomie belastet die kolumbianische Gesellschaft in erheblichem Maße. Sie ist mit ihren enormen Gewinnspannen Hauptmotor der organisierten Kriminalität.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kolumbien-node/-/212762>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2019)

Im Jahresbericht 2019 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Kolumbien auf Platz 96 (2018: Platz 99), zusammen mit Gambia, Tansania, Äthiopien und Vietnam. Deutschland liegt auf Platz 9.

Quelle: <https://www.transparency.org/cpi2019>

Spannungen und innere Konflikte

Kolumbien befand sich über mehrere Jahrzehnte in einem blutigen Bürgerkrieg mit einer schwer durchschaubaren Akteurskonstellation. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins Jahr 1948, als erstmals in der so genannten „Violencia“, Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen aufbrachen. Auf der einen Seite standen die linksorientierte Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das kolumbianische Militär und gegen rechtsgerichtete Paramilitärs kämpften. Letztere wurden angeführt von der 1997 entstandenen Dachorganisation aller paramilitärischen Gruppen, der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Allen Parteien dieses Konflikts werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Ein Auslöser der Gewalt und zentrale Ursache für den Konflikt war die ungerechte Landverteilung. Immer noch besitzen ca. fünf Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Indigene Bevölkerungsgruppen befinden sich häufig im Konflikt mit multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten wollen. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hatte im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt. Auf der einen Seite kam es zu sozialen Verbesserungen in den besetzten Gebieten, auf der anderen Seite finanziert sich die Gruppe aus dem Drogenhandel, ist verantwortlich für Menschenrechtsverbrechen und setzt auf Zwangsrekrutierung, um die Kampfstärke zu erhalten. Heute kontrolliert Kolumbien fast 80 Prozent des weltweiten Kokainmarktes auf der Angebotsseite. Dass der Drogenhandel eine solche Konfliktodynamik entfalten konnte, ist vor allem dem schwachen Staat geschuldet, der es bislang nicht vermochte, den Drogenhandel zu unterbinden.

Zu Beginn des Konflikts in den 1960er Jahren konnte die Regierung Kolumbiens, auch mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO), den damaligen Guerillabewegungen eine entscheidende militärische Niederlage zufügen. In der Folge gründete sich 1964 die FARC. Diese konnte in den 1980er und 1990er Jahren der kolumbianischen Armee schwere militärische Niederlagen zufügen. In dieser Zeit fanden allerdings auch die bis dahin erfolgversprechenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der Regierung statt. Im Jahr 2002 erklärte der Präsident die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Unterstützt wurde dies unter anderem durch den „Plan Colombia“ der USA, der umfangreiche Militärhilfe für die Armee vorsah. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die für die USA wichtige geostrategische Lage des Landes haben zu einer Internationalisierung des transnationalen Konflikts geführt. Kritiker werfen den USA vor, dass sie nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben, sondern vielmehr durch ihre Politik Teil des Problems geworden

sind. Der Konflikt zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung blieb bis 2016 bestehen und war insbesondere in den vergangenen Jahren noch von extremer Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Zentrale Strategie der Regierung war das gezielte Töten von FARC-Anführern und Luftangriffe auf die Infrastruktur der Guerillabewegung. Eine der größten Luftoperationen fand im September 2010 unter dem Namen „Operation Sodom“ statt, bei der einige Anführer und eine Vielzahl an Rebellen getötet wurden.

Die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben, sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess der tausende Paramilitärs erreichte. Dieser wird jedoch als zu oberflächlich kritisiert. Die Kritiker wenden ein, dass die mafiaähnlichen Strukturen und Kontakte in die organisierte Kriminalität weiterhin bestehen bleiben. Problematisch bleibt auch der politische Einfluss der Paramilitärs und die Verbindungen zum Sicherheitsapparat der Regierung. Bereits im Jahr 2006 kam durch die Enthüllung kolumbianischer Medien zum Vorschein, dass der Inlandsgeheimdienst DAS korrumpiert war und sehr eng mit paramilitärischen Gruppen zusammenarbeitete. Tausende ehemaliger Paramilitärs haben heute unter dem Schutzschirm des Sondergesetzes zur Demobilisierung zehntausende Morde und Entführungen gestanden.

Im November 2012 einigten sich Vertreter der kolumbianischen Regierung und der FARC auf den Beginn von Friedensverhandlungen. Zu Beginn der Verhandlungen verkündeten die FARC eine einseitige Waffenruhe, die bis Januar 2013 dauerte. Im Vorfeld führten bereits Unterhändler beider Parteien in der norwegischen Hauptstadt Oslo Geheimgespräche. Angriffe des kolumbianischen Militärs auf FARC Stützpunkte erschwerten jedoch zeitweise die Verhandlungen. Auch die FARC selbst hielten sich nicht durchgängig an den Waffenstillstand. So verübten FARC-Guerillas bspw. im Juli 2013 einen Anschlag, bei dem 15 kolumbianische Soldaten starben.

Nach vierjährigen Verhandlungen einigte sich die Regierung unter dem damaligen Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Chef Timoleón Jiménez alias Timoschenko in Havanna im Oktober 2016 auf einen gemeinsamen Friedensvertrag. Das Abkommen scheiterte jedoch zunächst mit knapper Mehrheit am 2. Oktober an einem Referendum der kolumbianischen Bevölkerung. Verhandlungsführer beider Seiten sowie der Opposition und Vertreter der Zivilgesellschaft überarbeiteten und präzisierten das bestehende Vertragswerk daraufhin, sodass dieses im Dezember 2016 von Unterhaus und Senat jeweils einstimmig verabschiedet wurde. Im Juni 2017 erklärte die VN-Beobachtermission für Kolumbien die Entwaffnung der FARC-Rebellen für abgeschlossen. Rund 7.000 FARC-Mitglieder haben demnach ihre registrierten Waffen in einem der insgesamt 26 eingerichteten Entwaffnungszentren abgegeben und sollen nun in ein ziviles Leben zurückkehren. Zur Unterstützung hierzu soll jeder bisherige Guerillakämpfer anfangs monatlich eine Unterstützung von rund 215 US-Dollar bekommen. Zudem werden selbst schwerste Verbrechen nur mit maximal acht Jahren Haft geahndet. Das Friedensabkommen sieht außerdem umfassende Ansätze zur Bekämpfung des Drogenhandels vor. Das Vermögen der Rebellen, das überwiegend über den Drogenhandel generiert wurde, soll zur Entschädigung der Opfer zwangsenteignet werden. Die ehemaligen FARC-Rebellen wollen ihre politischen Ziele, zu denen insbesondere eine gerechtere Landverteilung und die Unterstützung der armen Landbevölkerung zählen, nun als politische Bewegung verfolgen. Hierzu gründeten sie ihre neue Partei Fuerza Alternativa Revoluci-

onaria del Común (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes). Das Friedensabkommen garantiert der FARC in den kommenden beiden Legislaturperioden jeweils fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenversammlung.

Seit Februar 2017 führt Kolumbiens Regierung auch Friedensverhandlungen mit der ELN (Ejército de Liberación Nacional - Nationale Befreiungsarmee). Diese ist mit rund 2.500 Mitgliedern derzeit die größte noch aktive Guerillaorganisation in Kolumbien. Im September 2017 konnten sich die Parteien auf einen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis zum 12. Januar 2018 einigen. In 2018 verübte die marxistische Rebellengruppe jedoch eine Vielzahl blutiger Anschläge auf Zivilisten und kolumbianische Sicherheitskräfte.

Seit November 2019 demonstrieren landesweit hunderttausende Menschen gegen Präsident Iván Duque, der im August 2018 zum neuen Präsident Kolumbiens gewählt wurde. Die Demonstrationen richten sich im Kern gegen die Umsetzung des Friedensvertrags mit der FARC, die politische Korruption sowie Arbeitsmarkt- und Rentenreform. Seit Beginn der Proteste, die sich insbesondere in Cali, Medellín und Bogota bündeln, wurden bisher (Stand: Dezember 2019) vier Menschen getötet sowie 500 weitere verletzt. Im Zuge eines „Nationalen Dialogs“ möchte Präsident Duque die Lösung der sozialen Probleme wieder auf eine gewaltfreie Ebene bringen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategisch wichtige Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf im Zuge dessen sich besondere Rüstungskoperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und eben zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Zwar haben sich im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region entwickelt, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen vor denen die Region steht, erscheint Vertrauensbildung und Kooperation jedoch notwendig: Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption. Trotz der Anspannungen in bestimmten Grenzregionen, ist verstärkte sicherheitspolitische und militärische Kooperation sowie eine allgemeine Bereitschaft die Vertrauensbildung zu beobachten. In der Managua Erklärung von 2006 wurden gemeinsame Sicherheitsbedrohungen identifiziert, die als Basis für weitere Kooperationen dienen. Problematisch für die Regi-

on erscheinen die vielen Modernisierungs- und Transformationsprozesse in vielen Ländern. Mit Blick auf diese sollen die Streitkräfte auf neue Bedrohungen vorbereiten werden, und in vielen Fällen gehen die Prozesse mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher. Großes Misstrauen in den meisten Ländern ist weiterhin eine erhebliche Hürde für eine transparentere Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Daher haben defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wurde von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen in russischer Lizenz zu produzieren (AK-47).

Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskoooperation, doch haben die strategischen Rüstungskoooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin ein Risiko.

Grenzkonflikte

In der jüngeren Vergangenheit gab es zwei schwerwiegende Zwischenfälle an der kolumbianischen Grenze. Der Angriff Kolumbiens gegen FARC Rebellen auf ecuadorianischem Territorium am 1. März 2008 führte zu den bislang schwersten diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region. Der bewusste Vergeltungsschlag gegen die FARC hat einen herben militärischen Rückschlag für die Guerillabewegung bedeutet und bescherte Kolumbiens Militär einen deutlichen Sieg. Durch die Tötung Raúl Reyes, dem Vizekommandeur der FARC sowie der Erbeutung wichtiger Dokumente und geheimer Unterlagen, konnte das Militär sich einen großen Vorteil gegenüber der FARC verschaffen. Der Militärschlag wurde jedoch von allen südamerikanischen Regierungen einhellig verurteilt und als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium definiert. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3000 Truppen in die Grenzregion.

Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kamen, verschlechtert hatten. Im Sommer 2009 kam es zu Spannungen zwischen den beiden Staaten als Venezuela zwei Brücken in der Grenzregion sprengen ließ, die eine direkte Verbindung nach Kolumbien waren. Zeitgleich wurden öffentlich, dass Waffen, die von Venezuela in Schweden gekauft wurden, in den Händen der FARC Rebellen gefunden wurden. Kolumbien hingegen beobachtete mit Sorge die großen Waffeneinkäufe Venezuelas in Russland. Die Sorge erscheint berechtigt, da Venezuela im Januar 2010 begonnen hat, Kampfpanzer und Hubschrauber entlang der kolumbianischen Grenze zu stationieren. Ex-Präsident Santos bemühte sich seit seiner Amtseinführung 2010 jedoch um

eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit Venezuela. Im August 2016 wurden die Grenzübergänge nach einem Jahr des Abschottens wieder geöffnet und teilweise auch für Autos und LKW zugänglich gemacht. Zudem verständigten sich Santos und sein Amtskollege Maduro auf eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden beider Länder im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Im Dezember 2016 sowie im Zuge der gesellschaftlichen Proteste 2019 schloss Venezuela allerdings erneut für einige Tage die Grenze zu Kolumbien und begründete diesen Schritt mit der Bekämpfung des Geldschmuggels. Der Staat befindet sich seit dem Verfall des Ölpreises in einer schweren Wirtschaftskrise.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachtern zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zu Import und Export konventioneller Waffen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der engen Kooperation sind 65 US-Soldaten (US Southern Command) in Kolumbien stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Kolumbien 48 Prozent im Jahre 2017, und ist damit im Vergleich zum Vorherhebungsjahr 2015 um zwei Prozentpunkt gesunken. Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten weist Kolumbien damit eine der niedrigsten Rate an Technologiepiraterie in der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 241 Millionen US-Dollar und lag damit erheblich niedriger als 2015 (281 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 10

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (April 2018)

Ein Schwerpunkt der kolumbianischen Außenpolitik ist die regionale Integration. Ein besonders enges Verhältnis unterhält Kolumbien zu den Partnerländern der Pazifik-Allianz (Chile, Peru und Mexiko), die in kurzer Zeit deutliche Integrationsfortschritte erzielt hat. Seit 1. Juli 2017 hält Kolumbien die einjährige pro-tempore Präsidentschaft dieser Organisation. Der asiatisch-pazifische Raum ist für Kolumbien politisch und wirtschaftlich zunehmend von Interesse. Kolumbien ist darüber hinaus Mitglied der Andengemeinschaft (CAN), der Vereinigung Karibischer Staaten (AEC) und der Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR). Mit dem Ziel einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit hat die Regierung Santos das Verhältnis zu den Nachbarstaaten deutlich verbessert. Das Verhältnis zu Venezuela hat sich allerdings seit Mitte 2015 sukzessive verschlechtert. Die kolumbianische Regierung sieht die aktuelle Entwicklung in Venezuela sehr kritisch und ist zudem in zunehmendem Maße von venezolanischer Einwanderung betroffen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind, gefolgt von den Staaten der Region, wichtigster Partner. Das gute Verhältnis wird zunehmend überschattet vom massiven Wiederanstieg der Kokainproduktion in Kolumbien seit 2015. Der Ausbau der Beziehungen zur EU hat hohe Bedeutung. Die EU unterstützt die Bemühungen der kolumbianischen Regierung zur Überwindung des Binnenkonflikts und fördert Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Kolumbien spielt als Gründungsmitglied eine aktive Rolle in den Vereinten Nationen: 1996 stimmte es als erstes Land der Einrichtung eines Büros des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu. Teil des multilateralen Engagements Kolumbiens ist die Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen (Haiti, Nahost). Kolumbien war 2011/2012 nichtständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat. Die VN spielen mit dem Sondergesandten des Generalsekretärs, Jean Arnault, eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit den FARC und bei den Friedensgesprächen mit der zweiten großen Guerilla des Landes, der ELN.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kolumbien-node/-/212760>

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Im Laufe des Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieges wurden sowohl von den Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), als auch von den Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie der Nationale Befreiungsbewegung (ELN), zahlreiche terroristische Anschläge, Entführungen und Morde begangen. Ihre Verbindungen zum umfangreichen Drogenschmuggel in der Region führten dazu, dass alle drei Gruppierungen seit 2001 auf der US-Terrorliste geführt werden.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 2007 und 2009 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Ebenso hat Kolumbien erst in den letzten zwei Jahren Daten zu Militärausgaben an die Vereinten Nationen weitergegeben.

Unerlaubte Wiederausfuhr

In Kolumbien existiert ein Gesetz zum Export von Waffen, das sehr strikt ist und nur der Regierung oder Regierungsunternehmen wie INDUMIL den Im- und Export von Waffen sowie Waffenhandel gestattet. Dennoch sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen illegal Waffen geschmuggelt wurden. 2006 gab es Statistiken zufolge 1,3 Millionen legal registrierte Waffen in Kolumbien. Die Anzahl der illegalen Waffen beläuft sich nach Schätzungen von Experten auf drei bis vier Millionen.

Beim illegalen Waffenhandel spielen verschiedene Akteure eine Rolle: Zum einen wurden immer wieder (ehemalige) Soldaten der kolumbianischen Armee festgenommen, die Waffen unerlaubt an die FARC-Rebellen weitergegeben hatten. Ein Beispiel hierfür ist der Kauf von über 7000 AK-47 im Jahr 1999, den ein ehemaliger Officer der kolumbianischen Armee bei einem bulgarischen Unternehmen tätigte und die 2001 ohne Einbezug von INDUMIL ins Land gebracht wurden. In einem anderen Fall wurden im Jahr 2003 zwei ehemalige kolumbianische Offiziere angeklagt, mehr als 7000 AK-47 Sturmgewehre, Munition und andere Ersatzteile an die Rebellengruppen geliefert zu haben. Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Major der kolumbianischen Armee festgenommen, weil er einen ähnlichen Waffendeal mit Waffen aus israelischer Produktion eingefädelt hat. Diese Ereignisse sind keine Einzelfälle: Um an Waffen zu gelangen, bediente sich die FARC nicht nur immer wieder lokaler Kräfte, sondern arbeitet auch mit internationalen Waffenhändlern zusammen. So sollen die Rebellen unter anderem versucht haben, einen 100-Millionen-Dollar Kredit von dem ehemaligen libyschen Staatsoberhaupt Muammar Gaddafi zu erhalten, um Flugabwehrkörper kaufen zu können. Diese Information entstammt entsprechenden E-Mails, die auf dem Computer des FARC-Kommandeurs Luis Edgar Devia Silva gefunden wurden.

In einem anderen Fall von illegaler Waffenausfuhr mit Kolumbien als Empfängerland war Deutschland indirekt involviert: Im Jahr 2009 lieferte die US-Tochterfirma SIG Sauer Inc. in Exeter 98.000 SP 2022 Pistolen für rund 70 Millionen US-Dollar an die amerikanischen Streitkräfte. Im Jahr 2010 wurden die in Deutschland produzierten Waffen in die USA geliefert, von wo aus sie direkt in die Hände der kolumbianischen Polizei weitergegeben wurden. Offenbar exportierte die US-Armee insgesamt über 100.000 Pistolen des besagten Typs in das südamerikanische Land – ohne eine dafür notwendige Genehmigung der deutschen Behörden eingeholt zu haben. An der Grenze zu Venezuela begünstigen Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierbaren Grenzen im Norden

Zentralamerikas den Waffenhandel. Die Iguazu-Wasserfälle, die Teil der sogenannten "Drei-Grenz-Region" sind, sind Dreh- und Angelpunkt für illegalen Waffenhandel.

Um die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen in der Region stärker zu bekämpfen, verabschiedete Kolumbien im Juni 2003 die Entscheidung 552: Der Plan der Anden zur Vorbeugung, Bekämpfung und Eliminierung von Illegalem Waffenhandel in allen Aspekten. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), verabschiedete die Amerikanische Konvention gegen die Illegale Herstellung und Verbreitung von Feuerwaffen, Sprengstoff, Munition und Ähnlichem Material (CIFTA) verabschiedet, ein multilateral bindendes Abkommen, das auch von Kolumbien unterzeichnet und ratifiziert wurde.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2018)

Seit Beginn der 90er Jahre verfolgt Kolumbien eine Wirtschaftspolitik, die sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientiert und bemüht ist, ausländische Investitionen ins Land zu holen. Das Bruttoinlandsprodukt Kolumbiens betrug 2017 301,0 Milliarden US-Dollar, das Pro-Kopf-Einkommen lag 2017 bei 6.104,80 US-Dollar. Kolumbiens Wirtschaft wuchs zwischen 2004 und 2007 durchschnittlich um 6,2%. Im Zuge der internationalen Wirtschaftskrise sank das Wachstum kurzzeitig, konnte aber 2010 (4,4%) und 2011 (6,6%) wieder an die dynamische Entwicklung der Vorjahre anschließen. 2016 sank das Wachstum in kolumbianischen Peso gemessen auf 2,3%, insbesondere wegen der sinkenden Rohstoffpreise. Aufgrund einer massiven Abwertung des Peso zum US-Dollar sank das Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar 2015 und 2016. Trotzdem ist Kolumbien unter den großen lateinamerikanischen Volkswirtschaften das Land mit den historisch höchsten Wachstumsraten. Wachstumstreiber sind die Bauwirtschaft, der öffentliche Dienst sowie Immobilien und Finanzdienstleistungen. 2017 betrug das Wachstum 1,8%, für 2018 wird ein BIP-Wachstum von 2,4% erwartet. Kolumbien hat in den letzten Jahren einen deutlichen Rückgang der Armutsquote auf jetzt 28% (Weltbank) erreichen können. Gleichwohl bestehen erhebliche Ungleichgewichte in der Einkommens- und Vermögensverteilung fort. Die offizielle Arbeitslosenquote lag 2016 bei 9,2% und 2017 bei 9,38%. Ein erheblicher Teil der Beschäftigten - ca. 48% - ist im informellen Sektor tätig; die Unterbeschäftigung wird auf über 25% geschätzt. Das Defizit des Gesamthaushalts lag 2017 bei 3,3% (geschätzt). Kolumbien ist dem freien Welthandel verpflichtet. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen basieren auf einem Netz von Handelsabkommen (mit Staaten Südamerikas, mit den USA, Kanada und der EU); weitere werden derzeit verhandelt (Japan, Australien, Neuseeland). Defizite sind vor allem unzureichende Infrastruktur und teilweise fehlende Transparenz staatlicher Entscheidungen. Die Inflationsrate lag 2017 bei 4,09%; für 2018 wird eine Inflation von 3,46% erwartet. Wichtige Wirtschaftszweige sind Landwirtschaft und Industrie, Dienstleistungen und Tourismus, Öl- und Erdgasförderung sowie Bergbau. Der Agrarsektor verzeichnete zwischen Januar und September 2017 ein hohes Wachstum von 6,3%. In den vergangenen Jahren hat vor allem die Bauindustrie an Gewicht gewonnen. Die Öl- und Erdgasförderung hat an Bedeutung eingebüßt, sie dominiert aber nach wie vor den Außenhandel.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kolumbien-node/-/201518>

Tabelle 16

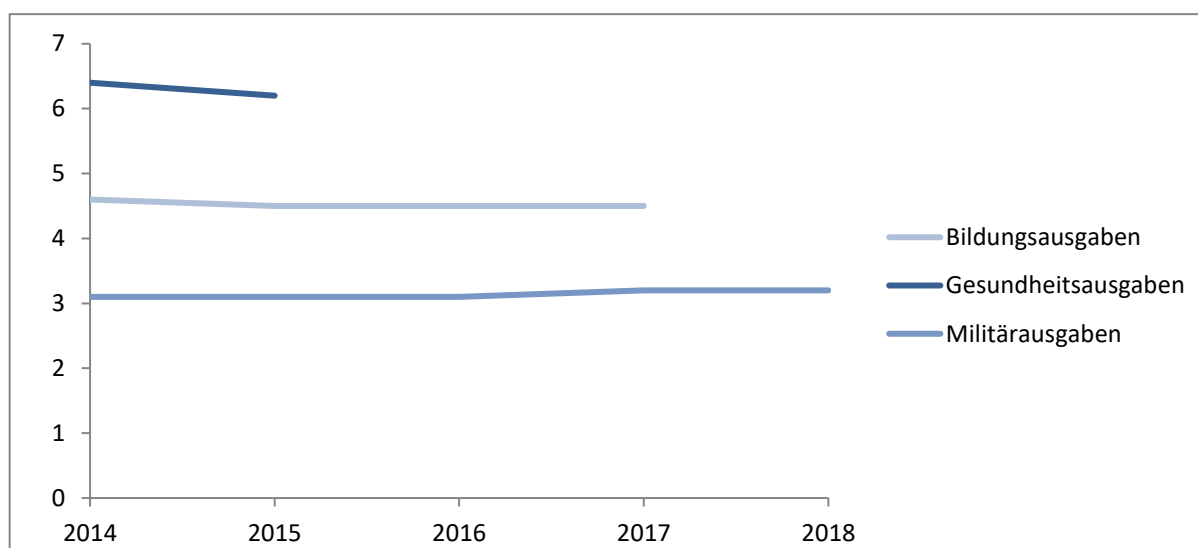
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2014	2015	2016	2017	2018
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9473	9522	9388	10018	10303
Militärausgaben/BIP	3,1	3,1	3,1	3,2	3,2
Gesundheitsausgaben/BIP	6,4	6,2	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,6	4,5	4,5	4,5	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2017 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2014	2015	2016	2017	2018
Auslandsverschuldung	105351	114623	121951	127202	134940

	2014	2015	2016	2017	2018
Anteil am BIP (in Prozent)	27,6	39,1	43,1	40,8	40,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1047,84	1315,99	1013,13	738,56	-
Net ODA (% of GNI)*	0,31	0,45	0,36	0,25	-
Deutsche ODA Zahlungen*	139,19	249,77	288,42	156,32	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2016) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2017); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2017). Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2014	2015	2016	2017	2018
Militarisierungswert	653	652,3	653,8	653,3	652,3
Index-Platzierung	61	60	59	56	56

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2014	2015	2016	2017	2018
Brasilien	Militarisierungswert	634,4	634,4	634,9	634	636,1
	Index-Platzierung	71	73	71	72	70
Ecuador	Militarisierungswert	675,4	656,5	655,1	651,9	650,8
	Index-Platzierung	49	58	57	58	58
Peru	Militarisierungswert	705,6	699,8	689,2	686,7	684,1
	Index-Platzierung	37	38	39	40	40
Venezuela	Militarisierungswert	619	646,2	625,6	638,5	639,8
	Index-Platzierung	82	62	79	68	64

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2019.
<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2014	2015	2016	2017	2018
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	29648	28961	27491	29283	30769
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,4	1,4	1,4	1,5
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2959	2653	2524	2463	2554
	Militärausgaben/BIP	2,7	2,6	2,5	2,4	2,4
Peru	Militärausgaben (absolut)	3085	3440	2695	2666	2689
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,7	1,3	1,2	1,2
Venezuela	Militärausgaben (absolut)	954	725	389	465	-
	Militärausgaben/BIP	1,2	0,9	0,5	0,5	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2017).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2014	2015	2016	2017	2018
HDI-Wert	0.750	0.753	0.759	0.760	0.761

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/indicators/137506>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Unverhältnismäßig hohe Militärausgaben in Kolumbien im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigt werden, dennoch sind der konstante Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Eine zusätzliche Steuer hat der Regierung frisches Kapital beschafft. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben bewegen sich auf durchschnittlichem Niveau. Kolumbiens Regierung sollte daher in Zukunft die Ressourcenverteilung stärker im Sinne gesellschaftlicher Entwicklung gestalten.

bicc \
Internationales Konversionszentrum Bonn
Bonn International Center for Conversion GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Wissenschaftlicher Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

Kaufmännischer Geschäftsführer
Michael Dedek

HERAUSGEBER
Dr. Max Mutschler

SONSTIGE MITARBEIT
Susanne Heinke
Rolf Alberth
Marius Bales
Stella Hauk

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
02.07.2020

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

